

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie

Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1.20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung u. Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2-3. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 u. 5647

Nummer 48

Berlin, den 29. November 1930

5. Jahrgang

## Herunter mit den Preisen!

Die Preise sind zu hoch. Die Arbeiterfrauen empfinden das schon lange, nun hat das sogar die deutsche Reichsregierung eingesehen. Wenn das der Fall ist, muß es schlimm genug sein. Und es ist schlimmer mit den deutschen Preisen, sonst hätte die Regierung Brüning, die bisher eine Politik gegen die Arbeiterschaft trieb, und die den Lohn- und Gehaltsabbau auf ihrem Programm zu stehen hat, nicht die Preislenkung so eifrig gefördert. Der Regierung schlägt das Gewissen, sie mußte eine schöne Geste zeigen, deshalb verlangt sie eine Preislenkung. Rechtliche Handhaben hat sie nicht, sie ließ sich auch keine geben, um den Preisabbau genau so zu betätigen wie den Lohnabbau, aber sie wünscht ihn. Das ist schon viel von dieser Regierung. Also auf diese Regierung darf sich die Arbeiterschaft nicht verlassen, es müssen die Millionen Hausfrauen in die Breiche springen, wenn aus dem Preisabbau wirklich etwas werden soll. Darum, Hausfrauen, vor die Front, um das verteuerte Monopol des Zwischenhandels zu brechen. Alle Warenverbraucher müssen sich in der Preisabbaufrage einig sein und geschlossen den Angriff auf die überhöhten Warenpreise aufnehmen, sonst haben sie das Nachsehen, sonst werden nur die Löhne und Gehälter abgebaut, und die Preise bleiben stehen, weil die Profitgier der Erzeuger und des Handels alle wirtschaftliche Vernunft aus dem Wege räumt. Wäre das nicht, müßten die Preise schon längst nachgegeben haben.

Daß unsere Preise tatsächlich überhöht sind und daß sie aus wirtschaftlichen Gründen gesenkt werden müssen, sieht heute die ganze Welt ein, nur den Anfang will niemand machen. Unser Preisgebilde ist ungeund und aufgeschliffen und wirtschaftlich nicht mehr zu ertragen, es ist sogar widerwärtig und kann nicht mehr verstanden werden. Ist es nicht ein Unbding, daß in diesem Jahr der Wandwirt vielfach den Zentner Kartoffeln mit 1,10 bis 1,30 RM verkauft, und daß ihn der Verbraucher in der Stadt für 3,50 bis 4 RM kaufen muß? Der Zentner Weizkohl wird dem Großhandel nach Berlin für 1,36 RM verkauft. Weil der Kohl durch weitere Hände geht, muß der Verbraucher für den Zentner 7,50 RM bezahlen. So ist es mit vielen Sachen. Eigentlich wäre das Preiswucher, aber es würde sich wohl kein Gericht finden, die Schuldigen der Uberteuering zu bestrafen. Geschäft ist eben Geschäft.

Ein Beispiel wollen wir noch vom Brotgetreide geben. Gegenwärtig kostet der Doppelzentner Weizen in Chicago 11,30 Reichsmark, in Liverpool 12 RM und in Berlin 25 RM. Der Weizen ist in Chicago um 20 Proz., in Liverpool um 23 Proz. billiger als vor dem Kriege, und in Deutschland um 30 Proz. teurer, weil er zu stark zollbelastet ist. Der Roggen gilt in Chicago 6,70 RM der Doppelzentner und in Berlin 15,40 RM, weil den Großhändlern damit geholfen werden soll. Nun betrachte man die billigen Brotgetreidepreise und stelle demgegenüber die Brotpreise. Der Händler jammert, daß er nichts verdient, der Bäcker klagt über seine ungenügende Verdienstsperre, ja, wer schöpft denn nun eigentlich die Verbraucher und steckt das Geld ein?

Wir haben Preise für den Kleinhandel und Preise für den Großhandel, wenn wir auf sie achten, finden wir, daß die Großhandelspreise viel weiter gefallen sind als die Kleinhandelspreise, daß ihre Bewegung nach unten geht. Es ist z. B. festgestellt vom Institut für Konjunkturforschung, daß die Großhandelspreise seit dem Oktober 1929 bei pflanzlichen Nahrungsmitteln um 10,7 Punkte, bei Vieh um 22 Punkte, bei Vieherzeugnissen um 15,1 Punkte, bei Futtermitteln um 23,2 Punkte, bei Kolonialwaren um 14,2 Punkte, bei Kohle um 0,7 Punkte, bei Eisenrohstoffen und Eisen um 5,3 Punkte, bei Nichteisenmetallen um 84,8 Punkte, bei Textilien um 32,6 Punkte, bei Häuten und Leder um 8,3 Punkte, bei Chemikalien um 1,6 Punkte, bei künstlichen Düngemitteln um 2,4 Punkte, bei technischen Oelen und Fetten um 9,9 Punkte, bei Kautschuk um 50 Punkte, bei Papierstoffen um 9,9 Punkte und bei Baustoffen um 14,2 Punkte zurückgegangen sind. Die rückläufige Preisbewegung beim Großhandel ist also eine Tatsache, die niemand bestreiten kann, nur die Auswirkung bis zum Verbraucher fließt aus, die Stellen, die zwischen dem Großhandel und dem Konsumenten eine mehr oder minder nützliche Tätigkeit beim Warenhandel einnehmen, hielten den Preisabbau auf und verhinderten seine Auswirkung auf den letzten Verbraucher. Das ist der Grund, weshalb wir trotz teilweise erheblicher Verbilligung der Waren im Großhandel noch hohe Kleinhandelspreise bezahlen müssen.

Trotzdem beim Zwischenhandel bei der Preisgestaltung gesellschaftlich nicht beizukommen ist, hat es doch Zweck, wenn die Hausfrauen die Preislenkung in der Öffentlichkeit verlangen. Sie haben die Möglichkeit der Preislenkung und des Boykotts gegen hartnäckige Preishalter und Händler. Die Selbsthilfe besteht darin, daß sie in den Konsumgenossenschaften Mitglied werden. Es ist eine feststehende Tatsache, daß z. B. nach den Feststellungen der Reichsforchungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen bereits in der Zeit vom Januar bis September 1929 der Bruttoverkaufspreis für ortsfähiges Brot je Kilogramm in den Konsumvereinen in Magdeburg um 2 Pf., mit der Rückvergütung um 3 Pf., in Berlin um 4 bzw. 5 Pf., in Mannheim um 4 bzw. 6 Pf., in Essen um 4 bzw. 6 Pf., in München um 8 bzw. 10 Pf., in Köln um 7½ bzw. 9 Pf. niedriger war als der Durchschnittspreis der Bäckereien. Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend lieferte im Jahre 1929 bereits das Brot um eine

halbe Million Reichsmark billiger als die Bäder. So wie mit Brot ist es bei verschiedenen anderen Artikeln, die ebenfalls billiger abgegeben werden als im Privathandel. In der Selbsthilfe liegt also ein gewisser Schutz für den Warenverbraucher, der noch größer sein könnte, wenn die Arbeiter, Angestellten und Beamten reiflos als Mitglieder der Genossenschaften ihre Waren im eigenen Geschäft kaufen würden. Die Konsumvereine sind Preisregulatoren, das zeigt sich bei einer Anzahl Konsumvereine am besten in dieser Zeit.

Der Reichswirtschaftsrat ist in der Frage des Preisabbaues auch nicht müßig gewesen, er setzte einen Spezialausschuß ein, der sich mit der Markenartikelfrage zu befassen hatte. Der Ausschuß machte der Reichsregierung konkrete Vorschläge, die dahin gehen, daß den Verbänden der Produzenten und Händler kurze Fristen gesetzt werden sollen, innerhalb welcher Preislenkungen von 10 Proz. durchzuführen sind. Wird dies nicht eingehalten, so soll die Regierung die Preisbindungen der Wiederverkäufer für Markenartikel auf diesen Gebieten unter Umständen ganz aufheben, zum mindesten aber auf Grund ihrer besonderen Vollmachten lockern, und wenn das nicht genügend wirksam ist, eine allgemeine Aufhebung der Preisbindung für Markenartikel. Ein anderer Ausschuß sprach sich gegen die hohen Stahl-, Baustoff- und Eisenpreise aus, er kam zu der Auffassung, daß die hohen deutschen Eisenpreise gegenüber den Weltmarktpreisen für die gesamte deutsche Wirtschaft untragbar sind.

Bei all den Hinweisen muß auch darauf verwiesen werden, daß schon die eingetretene Geldverbilligung eine Preislenkung bedingt. Aber die Preise, denen es nur auf den Profit ankommt, geben mit ihren Preisen nur nach, wenn sie unter Druck gesetzt werden. Da sie untereinander die Konkurrenz ausgeschaltet haben, ist das nicht leicht, aber die Regierungen und die Öffentlichkeit müssen die Vorbedingungen schaffen, die Monopolstellung des Handels und der Preis-

gebilde zu brechen, in einer Zeit, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse das unbedingt erfordern. Es geht nicht an, daß die Machthaber der Preisgestaltung in einer solchen Wirtschaftskrise aus Profitgier dem gesamten deutschen Volk den Strick um den Hals legen und der gesamten Wirtschaft diese ungeheuren Schwierigkeiten bereiten. Das Volk wäre ja töricht, wenn es weiter ruhig zusehen würde, wie Wirtschaftsgewaltige auf ihr Profitvorrecht pochen, während weite Volkskreise bei Warenüberfluß buchstäblich hungern und darben.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ist in der Preislenkung auch nicht müßig gewesen. Das geht aus folgender Nachricht hervor:

Am 17. November traten die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des ADGB, der Sozialdemokratischen Partei und des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Bundeshaus des ADGB zu einer Besprechung zusammen, um die Möglichkeit eines durchgreifenden Abbaues der Preise für die Gegenstände des täglichen Bedarfs zu erörtern. Die Vertreter der Konsumgenossenschaften schickten an reichem Zahlenmaterial die von ihnen selbst seit dem letzten Jahr durchgeführten Preisermäßigungen und wiesen auf die steuerlichen und gesetzlichen Hemmnisse hin, durch die ihre gesamte Tätigkeit und damit auch die Fortführung der Preisabbaunaktion zur Zeit erschwert wird. Sie kennzeichneten an einer Reihe von Beispielen die Unzulänglichkeit der Ergebnisse der bisherigen, von der Regierung eingeleiteten Aktion. Die Konsumgenossenschaften würden aber trotz dieser starken Widerstände überall, wo sich die Möglichkeit bietet, weitere Preislenkungen vornehmen. Die Vertreter der Spitzenorganisationen kamen überein, durch planmäßiges Zusammenwirken der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und der Konsumgenossenschaften einen verstärkten Kampf um den Abbau der Preise zu führen.

## Gauleiterkonferenz in Hannover.

Hauptvorstand, Verbandsausschuß, Gauleiter und Branchenleiter tagten in gemeinsamer Konferenz am 15. und 16. November 1930 in Hannover. Folgende Tagesordnung war zu erledigen: 1. Die wirtschaftliche und politische Lage. 2. Stellungnahme zu den schwebenden Tarifen und Lohnfragen in der Chemie, Papierindustrie, Glasindustrie, feinkeramischen Industrie. 3. Bericht über die Kassenverhältnisse und die Invalidenunterstützung. 4. Die geplante Ausgesteuertenunterstützung. 5. Durchführung des Notopfers der Angestellten. 6. Geschäftliches.

Kollege Vrech eröffnete um 9 Uhr die Konferenz. Er behandelte am 15. Punkt 1 die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Situation und deren fortgesetzte Wechselwirkung. Die ungeheure Arbeitslosigkeit ist der Bundesgenosse der Unternehmer beim Lohnabbau, der eingeleitet wurde durch den Deinhauer Schiedsspruch. Der zweite Schritt war der Lohnabbau in der Berliner Metallindustrie. Innerhalb unseres Verbandsgebietes ist es bisher gelungen, den Lohnabbau abzuwehren oder einzudämmen. Wir haben bis zum 1. Oktober unsere 168 Angestelltenbewegungen sogar zu 70,8 Proz. mit Erfolg beendet und die 90 Abwehrbewegungen zu 97,8 Proz. Das war auch notwendig, denn von einem Herabgleiten der Preise, das einen Lohnabbau rechtfertigen könnte, kann keine Rede sein. Die Einstellung der jetzigen Regierung ist für Lohnabbau, und das bedeutet für uns Kampf. Auf politischem Gebiete richtet sich unser Kampf gegen den Abbau der Sozialversicherung. Manches Schlimme wurde verhindert. Wenn wir die jetzige Regierung toleriert haben, so nicht aus Liebe zu ihr und ihren Maßnahmen, sondern aus Sorge um die Arbeitslosen in erster Linie, denn bei Aufhebung der Notverordnung wären auch 300 Millionen Reichsmark für sie in Wegfall gekommen. Es ist wies dann auf die Gefahren hin, die der Arbeiterschaft drohen, wenn eine mehr nach rechts neigende Regierung käme. In Thüringen haben wir ein Beispiel im Kleinen. Vrech ging dann noch auf die organisationszerstörende Tätigkeit von rechts und links ein und betonte: Je einiger und geschlossener die Arbeiterschaft auftritt, um so leichter kann sie die Anschläge der Gegner parieren.

Kollege Parbich besprach hierauf zu Punkt 2 der Tagesordnung unsere Taktik bei unseren diesjährigen Lohn- und Tarifstreiks. Er hob die zu beachtende Eigenart der einzelnen Industriegruppen hervor. Die Arbeiterschaft ist in ihrer Bewegungsfreiheit und Entschlußkraft gehemmt durch die Krise. Um den Arbeitsmarkt zu entlasten, gibt es nur eins: Verkürzung der Arbeitszeit.

In einer umfangreichen Diskussion beschäftigten sich die Konferenzteilnehmer mit all den Problemen, mit denen sich die organisierte Arbeiterschaft auseinandersetzen hat. Es wurde die Befürchtung laut, manche Unternehmer würden bei verkürzter Arbeitszeit ohne Neueinstellung von Arbeitskräften die seitherige Produktion bewältigen. Das kann natürlich nicht der Zweck der Arbeitszeitverkürzung sein. Es wurden Fälle mitgeteilt, wonach zahlreiche Unternehmer gar keinen Lohnabbau wollten, sie können sich aber dem Druck ihrer Organisationsleitung und der diesbezüglichen Initiative der Regierung und der Schlichter nicht erwehren. Ein Redner war der Meinung,

daß die Truste eigentlich die Folgen der Stilllegungen für die Arbeiter tragen müßten.

Einstimmig angenommen wurden hierauf zwei Entschlüsse mit folgendem Wortlaut:

### Entschließung zur Arbeitszeitfrage.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit und die Erkenntnis, daß auch nach Ueberwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt sein wird, drängt die Arbeitszeitfrage in den Vordergrund erster Erwägungen.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die die gesamte Weltwirtschaft erfaßt hat, ist im wesentlichen struktureller Natur. Die Rationalisierung der Wirtschaft und die gesteigerte Mechanisierung des Arbeitsprozesses haben bei verminderter Arbeiterzahl die Produktion in allen Industriezweigen ungeheuer gesteigert. Die freigesetzten Arbeitskräfte sind als Opfer der Rationalisierung und der strukturellen Wandlung der Wirtschaft zu betrachten. Sie wieder in den Produktionsprozess einzureihen, ist die wichtigste Aufgabe einer fortschrittlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Die Konferenz fordert als das geeignetste Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und des daraus entstehenden sozialen Elends eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit unter 48 Stunden pro Woche. Der Verbandsvorstand wird alle geeigneten Maßnahmen treffen, um dieses Ziel zu erreichen.

### Entschließung zur Lohnfrage.

Die am 15. November 1930 in Hannover tagende Konferenz des Hauptvorstandes, der Gau- und Branchenleiter des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands erhebt schärfsten Protest gegen die Bestrebungen auf Lohnabbau und gegen die als Folge dieser Bestrebungen in letzter Zeit gefällten Schiedsprüche der staatlichen Schlichter. Der Abbau der Löhne wird als geeignete Maßnahme zur Behebung der Wirtschaftskrise nicht anerkannt, denn er führt durch Herabsetzung der Kaufkraft der breiten Massen zur Verminderung des Warenverbrauchs und damit zur Verschärfung der Wirtschaftskrise.

Die Anfurderung der Wirtschaft muß vielmehr durch Herabsetzung der Warenpreise erfolgen, die durch entschiedene Maßnahmen gegen die verfehlte Preispolitik der Kartelle und Syndikate und gegen die hohen Gewinnspannen des Handels zu beschleunigen ist. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands wird sich gegen alle Versuche, den Lohn abzubauen, zur Wehr setzen.

Der Kollege Höpfer gab hierauf einen eingehenden Bericht über die Verbandsverhältnisse. Im Anschluß daran berichtete der Kollege Adler über unsere Erfahrungen mit der Einführung der Invalidenunterstützung in unserem Verbandsgebiet. Gegenwärtig erhalten 11 951 invalide Mitglieder Rente.

Der Kollege Vrech sprach hierauf über das Notopfer und gab auf Anfrage die Auskunft, daß nicht nur unsere Verbandsangehörigen den Extrabeitrag zugunsten der Ausgesteuerten leisten sollen, sondern auch alle Verbandsmitglieder, die sich im Angestelltenverhältnis bei einer unserer Bewegung nahestehenden Körperschaft befinden, und alle im Kommunal-, Staats- oder Reichsdienst stehenden Verbandsmitglieder.

Die Ausgesteuertenunterstützung richtet sich nach den Bestimmungen des § 16 unseres Verbandsstatuts.

Hierauf schloß Vrech die Konferenz am 16. November um 12 Uhr.









Wie vorher betont, hat die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft die unumstößliche Ausdehnungsmethode des 'Demokraten Krowpluss' offen aufgedeckt...

Interessantes Wissen ist die letzte gesetzliche Regelung der Arbeitszeit mit Wirkung vom 16. Juli 1927 in Kraft getreten. Wenn man bedenkt, daß sich eine Arbeitszeit dennoch verlangt worden ist...

Wenn der Maschinist Neubur auf Bl. 10 b. A., der wahrscheinlich auch zugleich Kesselheizer ist, angibt, daß er 12, 14 und sogar 16 Stunden an manchen Tagen beschäftigt sei...

Zu diesen in dem Gutachten niedergelegten Tatsachen erübrigt sich jeder Kommentar, und wir überlassen die Beurteilung der Deffenlichkeit.

Das unter solchen Ausdehnungsmethoden die Arbeitererschaft eines Tages versucht, diese Sklaverei abzuschütteln, versteht sich von selbst. So hat es dann auch die Belegschaft der Firma Krowpluss getan.

Wir rufen den staatlichen Schlichtungsausschuss zur Vermittlung an, und unter Würdigung der von uns dargelegten

Tatsachen fällt der Schlichtungsausschuss einen Schiedspruch, der die bestehenden Löhne um 5 Pf. pro Stunde, also auf ganze 60 Pf., mit Wirkung vom 1. Oktober d. J., festsetzt.

Der Antrag auf Verbindlichkeitserklärung mußte abgelehnt werden, da ein über die Beteiligten hinausgehendes Interesse an der vorhandenen Regelung der Arbeitsbedingungen nicht vorhanden ist.

Unwillkürlich taucht hierbei die Frage auf, was angesichts solcher Zustände bei dem Herrn Schlichter von Ostpreußen als 'öffentliches Interesse' anzupreisen ist.

**Berminderung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit.**

Welche Schwierigkeiten bei unserem Bestreben auf Verkürzung der Arbeitszeit in manchen Industriezweigen noch entgegenstehen, zeigt eine Zeitschrift eines Zieglers.

nach über die Einführung des Achtstundentages zu schreiben, wo in anderen Industriezweigen schon geprüft wird, ob der Einführung der Vierzigstundentagswoche noch erhebliche Schwierigkeiten im Wege stehen.

**Neue Interessengemeinschaft in der Zementindustrie.**

Seit dem Jahre 1929 besteht zwischen der Schlesischen Portlandcement-A.G. Oppeln und der sächsischen Gruppe, Heidelberg-Rheinheim-Stuttgart, A.G., ein Gegenseitigkeitsvertrag.

nach Fabrikation des neuen Wertes in Neuwied und Aufsicht über den Betrieb in Westfalen fast 75 Proz. der Zement-Industrie Westdeutschlands beherrscht; in Süddeutschland den Rheinberger-Rheinheim-Stuttgart-Konzern, verbunden mit der Dillinger-Gruppe in Form einer G. m. b. H.

**Gene und Zahlenstellen**

**Zwickau. Mitgliederversammlung.** Eine recht gutbesuchte Mitgliederversammlung, die heute seit dem Salomo-Vortrag im Frühjahr dieses Jahres, hatte die Bezirkszahlstelle am 16. November 1930 anlässlich der Anwesenheit des Kollegen Jeremies aus Wausen...

**Lübeck.** Am Vortag hatten sich 48 Funktionäre der Zahlstelle Lübeck zu einer Konferenz im Gewerkschaftshaus eingefunden. Der Hauptvortrag wurde gehalten durch den Kollegen Großmann...

**Literarisches.**

**„Die Arbeit“.** Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleitung Lothar Erdmann. Heft 10, 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S. 14. Abonnementspreis vierteljährlich 3,60 RM. für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 RM.

**Verbandsnachrichten**

**Gau 12.** Die Adresse der Gauleitung, Gau 12, ist nicht mehr Ludwigshafen, Lenbachstr. 25, sondern Ludwigshafen, Ludwigshafenplatz 4, 4. Stod. Die Telefonnummer hat sich ebenfalls geändert und ist nun 62842.

**Arbeitsmarkt.**

(Inserate unter Chiffre werden nicht angenommen.) Gesucht zu sofortigen Eintritt jüngerer Freidreher, der das Auf- und Abbrechen versteht und, an rasches und sauberes Arbeiten gewöhnt ist. Reiseentschädigung. Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit sind zu richten an Steingutfabrikation A.-G., Non (Schweiz).



